

Positionspapier des BAV zur Ausgestaltung der nEHS-Zertifikateversteigerungen ab 2026

Mittelstandsgerechten Zugang zum Zertifikatemarkt sicherstellen

Mit dem Übergang des nationalen Emissionshandels (nEHS) in die Versteigerungsphase werden Emissionszertifikate innerhalb des gesetzlich festgelegten Preiskorridors versteigert. Dem BAV berichten insbesondere kleine und mittelständische Mitgliedsunternehmen bereits von erheblichem bürokratischem und finanziellem Aufwand bei der Teilnahme an den Versteigerungen sowie von mangelnder Planungssicherheit hinsichtlich der tatsächlich zugeteilten Zertifikatemengen. Aus Sicht des BAV werden kleine und mittelständische Unternehmen dadurch gegenüber großen Marktteilnehmern beim Zugang zu Zertifikaten faktisch benachteiligt.

Nach Angaben der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) erfolgt die Zuteilung der Zertifikate nach einem einheitlichen Verfahren. Die Versteigerungsregeln sehen keine ausdrückliche Bevorzugung großer Gebote vor. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass kleinere Unternehmen nur geringere Chancen haben, über die Versteigerungen relevante Zertifikatemengen zu Preisen von 65 Euro oder darunter zu erhalten.

Ursache hierfür sind die begrenzten Versteigerungsmengen, die hohe Zahl der Bieter und die deutlich größeren Nachfragevolumina großer Marktteure. Für kleine und mittelständische Unternehmen bedeutet dies, dass sie wiederholt an den wöchentlichen Auktionen teilnehmen müssen, ohne Planungssicherheit über die tatsächlich zugeteilten Mengen zu haben. Gleichzeitig entstehen zusätzliche administrative und finanzielle Aufwände durch die laufende Beschaffung und Nachsteuerung der benötigten Zertifikatemengen.

Damit droht eine Situation, in der große Marktteilnehmer einen erheblichen Teil ihres Bedarfs über die Versteigerungen decken können, während kleinere Unternehmen fehlende Mengen überwiegend in der anschließenden Verkaufsphase zu höheren Preisen erwerben müssen. Die formale Gleichbehandlung aller Bieter führt damit nicht zwangsläufig zu gleichen Wettbewerbsbedingungen.

Der BAV sieht deshalb die Gefahr einer strukturellen Benachteiligung mittelständischer Unternehmen. Ein funktionierender Emissionshandel muss nicht nur diskriminierungsfrei ausgestaltet sein, sondern auch einen realistischen und praktikablen Zugang für Unternehmen unterschiedlicher Größenordnungen gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund fordert der BAV:

- eine frühzeitige Evaluierung der tatsächlichen Zuschlagsverteilung nach Unternehmensgrößen und Branchen,
- eine transparente Veröffentlichung aggregierter Daten zur Marktstruktur und Zuschlagsverteilung,
- die Prüfung spezieller Versteigerungskontingente oder Auktionsfenster für kleine und mittelständische Verpflichtete.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter unsicheren Zertifikatzuteilungen, höheren Beschaffungskosten und zusätzlicher Bürokratie. Daher muss bei der zukünftigen Ausgestaltung der nEHS-Zertifikateversteigerungen ein fairer und praktikabler Zugang für mittelständische Unternehmen geschaffen werden.

Berlin, 29.07.2026

Kontakt:

Simon Obert
Geschäftsführer



Bundesverband der Altholzaufbereiter
und -verwerter e.V.

Schönhauser Allee 147a
10435 Berlin

Tel: 030 32 30 66 - 80
info@altholzverband.de